

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig,
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion:
Gebr. Wundt, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen,
Lust und Vergnügen monatlich 1,80 M. Durch die Post bezogen
monatlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-
Ungarn M. 6,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltigen Zeilen mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Vorlauf zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 212.

Dresden, Mittwoch den 11. September 1918.

29. Jahrg.

Für ein besseres und freieres Deutschland!

An die Partei!

Draußen stehen unsre Brüder im furchtbaren Kampf, den sie seit Beginn des Weltkrieges zu bestehen haben. Dabei spielt unterdessen das preussische Herrenhaus ein unwürdiges Spiel mit Volk und Recht. Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlrechtsvorlage in einer Form verabschiedet, in der auch die Regierung eine Erfüllung feierlich gegebener Versprechen nicht zu bilden vermöge. Statt aber das widerspenstige Haus aufzulösen und an die Wähler zu appellieren, hat die Regierung die Vorlage an das Herrenhaus weitergehen lassen in der Hoffnung, dieses würde sie in einer Form wieder herstellen, die der königlichen Wahlrechtskommission vom 11. Juli v. J. entspricht. Diese Hoffnung hat sich als eitel erwiesen. Die Zahl der ehrlichen Anhänger des gleichen Wahlrechts im Herrenhaus ist so gering, daß sie als ausschlaggebend nicht in Betracht kommt. Eine Minderheit will an die Stelle des bisherigen Dreiklassenwahlrechts ein Mehrstimmensrecht für das Alter setzen, dafür aber die Rechte der gewählten Volksvertretung verkürzen. Die konservative Mehrheit hält an der Forderung eines konstitutionellen Wahlrechts fest. Zugleich treten in der Tatsache, daß sich der Herrenhausbeschluß nach dreitägiger Geheimberatung gleich wieder für fünf Tage vertagt hat, Verschleppungsabsichten deutlich in Erscheinung.

Wie lange soll das arbeitende Volk Preußens und Deutschlands diesem unwürdigen Spiel noch zusehen? Wenn die Regierung in unbegreiflicher Verkennung der von der Zeit gebotenen Notwendigkeit die Erfüllung ihrer Pflicht immer wieder hinausschiebt, so muß das Volk sie nachdrücklich an sie erinnern. Die ungeheure Mehrheit unsrer Volksgenossen ist in diesen Krieg gegangen in der Ueberzeugung, daß sie nicht für die Erhaltung Deutschlands, wie es vor dem Kriege war, sondern für ein besseres und freieres Deutschland kämpft. Durch zahlreiche Ministerreden und schließlich durch die Wahlrechtsvorlage vom 11. Juli ist sie in dieser Ueberzeugung bestärkt worden. Die seitdem eingetretene Enttäuschung hat auf den Geist des Volkes in erbitternder und tief niederdrückender Weise gewirkt, wie uns zahllose Briefe aus dem Felde und Kundgebungen aus der Heimat beweisen. Die Reichsvereiner des preussischen Landtags haben so durch ihr unverantwortliches Treiben die Sache des uns fern liegenden kämpfenden Volkes aufs allerhöchste gefährdet. Keine Radikalität kann sie von der Anklage entlasten, in einer Stunde geschichtlicher Verantwortung ihr beschränktes Stimmrecht über die Lebensnotwendigkeit des Ganzen gestellt zu haben. Indem sie die Sache der Verteidigung schädigen, schädigen sie auch die Sache des Friedens. Denn es ist für die Kriegsverlängerer von drüben nicht schwer, Hoff und

Mißtrauen gegen das Deutsche Reich und seine Einrichtungen zu erregen, wenn im größten deutschen Bundesstaat dem Volke ein Recht verweigert wird, das ihm sonst in seinem Lande der Welt vorzuzählen geblieben ist. Es ist kein Zufall, daß dieselben Kreise, die die Sache des Friedens auf solche Weise schädigen, durch die Aufstellung unsinniger Eroberungsziele Mitschuldige an der Verlängerung des Krieges geworden sind. Nur durch entschlossenen Kampf gegen den verderblichen Geist eines Herrenhaus, das nach außen auf das Evangelium der Gewalt schwört und sich im Innern an seine völkerverwundenden Privilegien klammert, kann dem Volke das versprochene Recht und ein baldiger, allen Völkern segensreicher Frieden erstritten werden. Im Namen der Millionen, die hinter uns stehen und die heute ihren Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung nicht geltend machen können, protestieren wir auf das schärfste gegen die Fortsetzung der Wahlrechtskommission im Herrenhaus und fordern die sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses. Fort mit dem Dreiklassenparlament, fort mit dem Herrenhaus! Fort mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht! Es lebe die Demokratie und der Friede! Die Parteileitung der Sozialdemokratie Preußens. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Feindliche Angriffe gescheitert.

Wth. (Kritisch.) Großes Hauptquartier, den 11. September 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Bei Abwehr englischer Teilvorstöße südlich von Ypern und nördlich vom La-Bassee-Kanal machten wir Gefangene. Südlich der Straße Peronne-Cambrai führten unsere Angriffe der Engländer wiederum zu heftigen Kämpfen und zur Gefangennahme von Gouzenacourt und um Vechny. An einzelnen Stellen erreichte der Feind unsere vorderen Linien; im Gegenstoß schlugen wir ihn zurück; 100 Gefangene blieben in unsrer Hand. Teilangriffe der Franzosen, die beiderseits der Straße von St. Quentin überraschend und nach Artillerievorbereitung erfolgten, wurden abgewiesen. Derliche Kämpfe südlich der Ailette. Zwischen Ailette und Aisne steigerte sich die Artilleriefeuer am Nachmittag wieder zu großer Heftigkeit. Am Abend brach der Feind zu starken Angriffen vor, die scheiterten vor unsren Linien.
Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Die Losung des Tages.

Die nationalliberale Adnische Zeitung wendet sich sehr lebhaft gegen die in der Presse ausstehenden Kriegsergüsse und stimmt zugleich hohes Lobes an auf den Grafen Hertling. Der Berliner Mitarbeiter des rheinischen Blattes schreibt wie folgt und findet damit den Beifall der rechtsgerichteten Presse:
„Da haben wir denn wieder einmal, und zwar diesmal aus dem Auslande herübergeleitet, das Spiel der Gerichte. Es bleibt zu hoffen, daß es nicht wieder ein höchst bedenkliches Spiel ist. Man fragt sich vergebens, ob deutsche Politiker jetzt, da der Widerstand des Bundes keine Grenzen mehr kennt, verantworten können, die Vorauslegung zu werden, als ob wir uns einer neuen Krise widersetzen. Fallsichlich liegen für eine solche keine Aussicht vor. Die geschickte parlamentarische Hand des Grafen Hertling hat die wirklichen Schwierigkeiten gegenüber so bewahrt, daß man diese Schwierigkeiten gerade heute nicht unterschätzen sollte. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß der Kanzler aus dem Auslande gegen den ein Ansehen besitzt, daß es unmöglich sein sollte und kein Weg, auf dem Wege der Stimmungsmache diese Stellung zu erhalten. Worauf es aber vor allem ankommt, ist, daß es ein politischer Unfug ist, in der gegenwärtigen Zeit mit dem Gedanken einer Regierungskrise zu spielen. Wir haben vielmehr zu tun, als die Gegensätze, die Graf Hertling mit seiner reinen Erfahrung und Geschicklichkeit zu überbrücken zu können, aufzuzeigen. Einigkeit, politische Disziplin, Zurückhaltung der Gegensätze, das ist die Losung des Tages, und die Kriegergüsse auch nur weiterreichen, verstoßen auf Unverständnis.“
Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die Kriegsergüsse aus dem Auslande zuerst gerade von solchen Blättern aufgenommen und verbreitet worden sind, die der Adnischen Zeitung sehr nahe stehen. Diese Blätter sind auch unter Hinweis auf besondere Informationen gegen die angeblichen Pläne der Reichsvereiner, jetzt das parlamentarische Regierungssystem durchzuführen zu wollen, zu Felde gezogen. Die Schuld an der Ausbreitung von „beunruhigenden“ Gerüchten liegt also gerade bei denen, die nun über diese Gerüchte schreiben. In der Sache selbst erhebt die Adnische Zeitung gegen diejenigen, die eine Umgestaltung der Reichsleitung für erwünschenswert halten, den Vorwurf, daß sie ein „höchst bedenkliches Spiel“, das sie „politischen Unfug“ treiben. Einigkeit und Zurückhaltung der Gegensätze müsse die Losung des Tages sein. Auch der Führer der Adnischen, Freiherr v. Gebhart, forderte jüngst die Herstellung eines neuen Bundesfriedens. Nachdem alle die ganz und halb adnischen Elemente Jahre hindurch mit ihrer phantastischen Politik den Zwiespalt in das deutsche Volk hineingetragen haben, wredien sie jetzt Einigkeit und Zurückhaltung der Gegensätze! Gewiss — Einigkeit und Zurückhaltung der Gegensätze ist jetzt wie bisher notwendig, soweit es sich um den entschlossenen Abwehrkampf gegen die Kriegsgegner draußen handelt. Die Ibrerleits von Friedensverhandlungen nichts hören wollen. Dagegen ist es geradezu eine politische Unfähigkeit, unter dem Stichwort der inneren Einigkeit alle Meinungsverschiedenheiten über die Kriegs- und Friedenspolitik sowie über die Lösung innerpolitischer Fragen erstickt zu wollen. Die Adnische Zeitung stellt es so dar, als handele es sich bei diesen Meinungsverschiedenheiten um Rechtsabereiner einzelner Politiker, die den Ernst der Stunde nicht erfassen. In Wahrheit handelt es sich um die große und entscheidende Frage, wie unser Volk aus dem Unheil des Weltkrieges erlöst werden kann. Da ist mit der an sich gut klingenden Forderung nach Einigkeit und Zurückhaltung der Gegensätze nichts anzufangen. Die Losung des Tages muß vielmehr sein: Klarheit und Wahrheit in der Politik!

Es ist recht interessant, daß fast das nationalliberale Blatt den Grafen Hertling mit Lobeshymnen überhäuft. Graf Hertling hat die deutsche Politik in der Weise geleitet, daß die Nationalliberalen, die dem Programm, das die Grundlage der Regierung Hertlings bildet, nicht zugestimmt hätten, mehr befreit sind als andere Parteien, die jenes Programm aufgestellt und unterstützt haben. Die Adn. Zeitung rühmt die „geschickte parlamentarische Hand“ des jetzigen Reichskanzlers. Aber mit Geschicklichkeit ist in diesen Schicksalszeiten keinesfalls auszukommen. Unser Volk steht vor der bittersten Entscheidungsfrage, ob es einen weiteren fünften Kriegswinter erdulden muß. Da gilt es alles zu tun, um, soweit es an uns ist, jede Verantwortung an der Fortdauer des Krieges von uns zu entfernen. Und ferner gilt es, unserem Volke, wenn es noch weiter kämpfen muß, die ungeheuren Opfer des Krieges durch volle Gerechtigkeit im Innern einigermaßen erträglich zu machen. Bisher hat die Regierung Hertling diese Aufgabe nicht erfüllt. Gibt sie an der Schwelle des fünften Kriegswinters die Gewähr, daß endlich nach außen und innen das klar gesteckte Ziel mit fester Hand erstrebt werden soll, so gut. Kann sie diese Gewähr nicht geben, so liegt es allerdings im höchsten Interesse des Landes, daß eine neue Einrichtung der Regierung geschaffen wird. Mit Klagen und Beschwerden über die Störung der Ruhe ist in diesen entscheidungsvollen Zeiten nichts anzufangen. Damit werden die sachlichen Gegensätze nicht aus der Welt geschafft. Diese Gegensätze können auch

nicht verflüchtigt oder überbrückt werden. Es muß eine völlig eindeutige Politik des Verständigungsfriedens und der Durchführung der Volkrechte durchgeführt werden!
Uebereinstimmend mit unserer Auffassung schreibt auch die linksradikale Frankfurter Zeitung:
„Es ist auf Grund der konkreten Ereignisse der letzten Zeit auch für den, der die Laufzeit des Reichstages und seiner Arbeit nicht überblickt, doch im höchsten Grade wahrscheinlich, daß sich diese Arbeit beim nächsten Zusammentritt des Reichstages, Anfang November, oder auch schon vorher, beim Zusammentritt des großen Ausschusses im Oktober oder sogar schon demnächst im interfraktionellen Ausschuss der Reichstagespartei verzeichnen — sonst das nicht schon, ohne Wissen der Reichsregierung, in einzelnen wichtigen Fragen geschehen ist — ob die Reichsregierung jetzt fest entschlossen und hart genug ist, offen und ehrlich die Politik eines Verständigungsfriedens zu vertreten, deren Grundzüge in der bekannten Entschiedenheit der Reichstagsmehrheit niedergelegt sind, und die bisher an Anhängern gewonnen hat. In enger Verbindung damit wird sich die hier noch größere Mehrheit des Reichstages, die innere Reformer als ein wichtiges Mittel zur Erhaltung unserer Kraft im Vorkampfe ansehen, die Gewissheit verschaffen, ob die Reichsregierung für diese Reformen, also in erster Linie für das Zustandekommen des gleichen Wahlrechts in Preußen, mit Erfolg einzutreten will und kann. Sollte sich die Reichsregierung für die Erfüllung dieser von der Mehrheit des Reichstages verfolgten wichtigen Angelegenheiten unserer auswärtigen und inneren Politik als zu schwach oder sonst nicht geeignet erweisen, so würde ein Personalwechsel innerhalb der Regierung sehr nacheiligen und gewiß auch nicht ausbleiben.“
Die Friedensbemühungen der deutschen Gewerkschaften.
Legien gegen Gompers.
Auf der Konferenz der Vorstandsvertreter der Gewerkschaften führte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Legien, im Anschluß an den von ihm erstatteten Bericht folgenden aus:
Wir waren ununterbrochen bemüht, mit den Gewerkschaften der Verbandsstaaten über die gewerkschaftlichen Verhandlungen zum Friedensvertrag zu einer Verständigung zu kommen und damit dem Frieden zu dienen. Jeder ohne nennenswerten Erfolg. Jede Friedensbemühung der Arbeiterschaft der Verbandsstaaten wird mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Jetzt ist auch der Vorsitzende der American Federation of Labor, Gompers, nach Europa gekommen, aber nicht, um seine Pflicht als Arbeitervertreter zu erfüllen und sein Teil dazu beizutragen, daß dem grauenhaften Norden und Westeuropa ein Ende bereitet wird. Er will im Gegenteil das Bündnis von Friedensbemühung, das in der Arbeiterschaft Englands aufgeklimmt ist, wieder zerbrechen. Auf einem Essen, das am 30. August in London zu seinem Einzug veranstaltet wurde, antwortete Gompers auf die Begrüßungsrede des englischen Minister-